Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 83 (2008)
Heft: 2

Artikel: Der Bär randaliert : oder das ewige Russland
Autor: Brunner, Dominique
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-715095

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Erschlossen BiG
MF 537 / 869

Der Bär randaliert – oder das ewige Russland

Seit Beginn 2007 geben die legitimierten Machthaber im geschrumpften Russland zweierlei zu erkennen: dass die ererbten imperialen und hegemonialen russischen Reflexe hellwach sind und dass die Hochkonjunktur bei Erdöl und Gas, mit denen Russland reich gesegnet ist, das erneute Aufkommen dieser Reflexe begünstigt hat.

OBERST I GST DOMINIQUE BRUNNER, ZÜRICH

Das Erzeugen eines jeden Gegensatzes bedeutet erhöhte Bewusstseinsmöglichkeit. In diesem Sinn mag es hilfreich sein, sich die Lage Russlands um die Jahrzehntwende von den 80er zu den 90er Jahren, also zur Zeit der Auflösung der Sowjetunion, zu vergegenwärtigen und die Brücke zu schlagen zur derzeitigen psychischen Verfassung der Leute in Russland, auf die es ankommt.

Von 1991...

Man hat möglicherweise vergessen, dass im Zeitpunkt des in stupendem Tempo vor sich gehenden Zerfalls der Supermacht Sowjetunion ein schweizerischer Bundesrat Hilfssendungen von Kleidern und anderen Dingen per Lastwagen nach Russland bewilligte – nota bene wo kein Bürgerkrieg wütete oder keine Umweltkatastrophe, mit Ausnahme der Folgen des notorischen Raubbaus des Regimes an der Natur, hereingebrochen war.

Das war auch die Zeit, als sich die sowjetische oder russische Führung zu weit tragenden Vereinbarungen auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle bzw. der Abrüstung durchrang, der Not gehorchend! Das gilt für die Vereinbarungen, die bezüglich der atomar bewaffneten Mittelstreckenraketen (INF, 1987), der Langstreckensysteme, Bomber und Lenkwaffen (START I, 1991, und START II, 1993) zwischen den USA und der UdSSR bzw. Russland abgeschlossen wurden sowie für den CFE (Conventional Forces Europe)-Vertrag zur Begrenzung der konventionellen Hauptwaffen zwischen Atlantik und Ural im Rahmen der KSZE/OSZE (1990).

Diese Abmachungen, von denen man bis Mitte der 80er Jahre nur träumen konnte, sind in die Tat umgesetzt worden. Das, und das allein, rechtfertigte die seither bis zum Überdruss heruntergeleierte Formel vom Ende des «Kalten Krieges».

Der russische Staatschef Putin.

Dieser Begriff des «Kalten Krieges» war und bleibt im Übrigen ungenau, besser irreführend. In Europa, in den Weltmeeren, erst recht im Sinn der Unantastbarkeit der Heimatgebiete der zwei Supermächte war dieser «Krieg» in der Tat nur «kalt». Das ist das Ergebnis primär der nuklearen Abschreckung, die eben angesichts berechenbarer, je nachdem verheerender Wirkungen des Einsatzes dieser Waffen, insbesondere in grösserem Stil, keinen Zweifel zulässt, also «funktioniert». Mehr als 62 Jahre nach den ersten und letzten Einsätzen von zwei Atombomben, am 6. und 9. August 1945, den Zweiten Weltkrieg abschliessend, ist das handfeste Realität. Anders dort, wo die Gefahr der Eskalation auf die atomare Ebene gering oder vernachlässigbar erschien. Da wurden Konflikte immer wieder bewaffnet ausgetragen, da herrschte der traditionelle, «heisse» Krieg, der konventionelle. Dieser verursachte seit 1945 mehr als 20 Millionen Tote.

...zum Jahr 2007

Aber gemessen an der Lage Anfang der 90er Jahre sind im Gebaren Russlands, des

echten Nachfolgers des «ewigen» Russlands, im Verhältnis zum Ausland, insbesondere «zum nahen», und in der Innenpolitik unübersehbare Änderungen eingetreten.

Das Regime erscheint konsolidiert. Das ist allerhand, vergegenwärtigt man sich die Zustände Anfang der 90er Jahre. Damals machte man sich nicht ganz unrealistisch Sorgen über ein Abdriften des Landes in anarchische Zustände, mit dem Risiko, dass kriminelle Elemente die Hand auf Nuklearwaffen legen könnten. In Tat und Wahrheit haben die Verantwortlichen ungeachtet aller Schwierigkeiten die Kontrolle nicht verloren.

Die Verfassung wird – en principe – respektiert, aber in neuerer Zeit gelegentlich sehr eigenwillig ausgelegt, vor allem in Bezug auf die Möglichkeit der Artikulierung von abweichenden politischen Auffassungen. Das ist, wenn man sich über die Verhältnisse Russlands um 1994 beugte, nicht überraschend.

Staatsformen

Damals konnte – oder musste – man folgendes Urteil fällen: «Man soll also helfen, wo und wenn sich die Gelegenheit dazu bietet, und zwar ohne Hintergedanken, aber auch ohne Illusionen: Russland muss sich selber, aus eigener Kraft reformieren, und schon das zeigt, dass westliche Institutionen und Methoden nicht unbedingt das Angemessene sind.

Man ist im Westen seit dem Zweiten Weltkrieg zum Gefangenen einer quasi monistischen Betrachtungsweise geworden: es gibt nur noch eine legitime Staatsform, die Demokratie, wobei man in den Anforderungen an das, was Demokratie sein soll, nicht eben anspruchsvoll ist. Verschüttet ist die Erkenntnis der Antike, wonach es drei Staatsformen gibt, die in unterschiedlicher Verbindung zueinander stehen: die Einherrschaft, die Mehrherrschaft und die Gesamtherrschaft. Montesquieu unterschied zwischen Despotie, Monarchie und Republik.

Mit dem Blick auf Russland heisst das, dass die unerhörten Schwierigkeiten, vor denen man in so gut wie jeder Hinsicht steht, eine relativ autoritäre Regierungsform unvermeidlich erscheinen lassen, soll das völlige Chaos vermieden werden.» (der Schreibende im Sammelband «Armee 95 – Chance für die Milizarmee?»). Dieses nüchterne Urteil bewahrheitet sich.

Kissingers Vorsicht

1994 erschien Henry Kissingers Werk «Diplomacy», eine der eindrücklichsten Analysen der Machtpolitik der Neuzeit, die nicht zuletzt das Wesen der Aussenpolitik Russlands charakterisierte.

Im Blick auf die künftige Politik dieser Macht schrieb der ehemalige Aussenminister der USA: «At this writing, the prospects for democracy in Russia are yet uncertain, nor is it clear that even a democratic Russia will conduct policies conducive to international stability. Throughout its dramatic history, Russia has marched to quite a different drummer from the rest of the Western world. It never had an autonomous church; it missed the reformation; the Enlightenment; then the age of discovery; and modern market economics. Leaders with democratic experience are in short supply. Almost all of Russia's leaders held high office under communism; commitment to pluralism was not their first instinct, and it may not prove to be their last.»

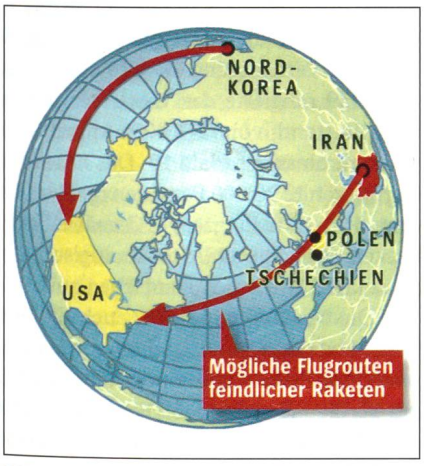
Aufregung

Kissinger fuhr vor 14 Jahren fort: «Even sincere reformers may see in traditional Russian nationalism a unifying factor to achieve their objectives. And, in Russia, nationalism has historically been missionary and imperial... In Russia, democratization and a restrained foreign policy may not necessarily go hand in hand!»

Die – gespielte? – Aufregung der russischen Führung wegen des Angebots der USA an zwei osteuropäische NATO-Partner, an dem im Aufbau befindlichen Raketenabwehr-System zu partizipieren, das der Abwehr von atomar bestückten Lenkwaffen von potentiellen Atommächten wie Iran dient, bestätigt Kissingers Analyse schlagend. Schliesslich hat Putin den Vertrag über die Begrenzung der offensiven strategischen A-Ladungen beider Mächte auf 1700-2200 am 24. Mai 2002 mit Bush unterzeichnet, im Bewusstsein des vorgenannten US-Raketenabwehr-Programms.

Moskau hat überdies eine gewisse Kapazität auf diesem Gebiet seit der Mitte der 60er Jahre, die den USA nach dem Vertrag von Moskau vom 26. Mai 1972 (SALT) und dessen Verschärfung 1974 bis heute gefehlt hat. Die Suspension des Vertrages über die Begrenzung der konventionellen Waffen zwischen Atlantik und Ural durch Russland ist nackte Erpressung, ganz zu schweigen von der auch artikulierten Drohung, den Vertrag über die Verschrottung der Mittelstrecken-Lenkwaffen – INF, 8. Dezember 1987 – aufzukündigen.

Amerikanische Raketenabwehr: Widerstand in Polen und Tschechien



Polen und Tschechien im Brennpunkt.

Der amerikanische Plan, in Polen und Tschechien ein Raketenabwehrsystem aufzubauen, stösst in Warschau und in Prag auf politischen Widerstand. Zuerst signalisierte Polen, es lasse sich nicht übereilt zu Verpflichtungen drängen; die Einrichtung eines Abwehrsystems sei von grosser Tragweite, auch im Verhältnis zu Russland.

Offenbar herrschen Zweifel nun auch in Tschechien vor. Im Januar absolvierte der neue polnische Premier Donald Tusk seinen Antrittsbesuch in Prag. Er bekräftigte dabei die Haltung seines Landes: Warschau fordert von Washington als Gegenleistung für die Stationierung von zehn Abwehrraketen umfassende Sicherheitsgarantien; ausserdem will Polen den russischen Staatschef Putin nicht verärgern. Der tschechische Regierungschef Mirek Topolanek hatte vorher gedrängt, die Entscheidung über die Radaranlagen im böhmischen Brdy solle möglichst vor dem Sommer fallen. Das sieht er jetzt offenbar anders: Tusk und Topolanek versicherten einander, keine Schritte ohne vorherige Konsultationen zu unternehmen.

In Prag und Warschau gilt als offen, wer 2009 die amerikanische Präsidentschaft führt. In Tschechien ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Radaranlagen. Anderseits halten es Experten nach wie vor für denkbar, dass die USA die Anlagen bauen kann. *spi.*